

## Ausland

Tages-Anzeiger vom 21.07.2006

### «Die Schweiz macht, was sie kann»

**Die Schweiz wird im Libanon aktiver: beim Evakuieren von Ausländern, mit humanitärer Hilfe und viel Diplomatie. Doch die Rüstungskooperation mit dem gerügten Israel geht weiter.**

Von Bruno Vanoni, Bern

«Die Schweiz macht, was sie kann», sagte Bundesrätin Micheline Calmy-Rey gestern an der ersten Medienkonferenz ihres Aussendepartementes (EDA) zur Eskalation der israelischen Militärgewalt zuerst im Gazastreifen und dann auch im Libanon. Dabei erläuterte sie die Position, die das EDA und sie selber in den letzten Tagen immer wieder bezogen hatten: Die Schweiz unterstützt Bemühungen um einen Waffenstillstand und sichere humanitäre Korridore für die Evakuierung der Ausländer wie für die Nothilfe an die einheimische Bevölkerung. Und sie verurteilt die Raketenangriffe der Hizbollah wie auch die «unverhältnismässige» Reaktion der israelischen Armee. Mit Angriffen auf die zivile Infrastruktur, auf Strassen, Brücken, ja sogar auf Ambulanzen verstosse Israel gegen die Genfer Konventionen, bekräftigte Calmy-Rey. «Das haben wir ganz klar gesagt – als erstes und einziges Land.»

#### Botschafter mehrfach ins EDA zitiert

Der israelische Botschafter in Bern sei am 3. und 14. Juli ins Aussendepartement zitiert worden, um die Einhaltung des humanitären Völkerrechts einzufordern. Zuvor sei auch der palästinensische Vertreter ermahnt worden, seine Regierung solle sich namentlich für die Freilassung des von der Hamas verschleppten israelischen Soldaten einsetzen. Aussenministerin Calmy-Rey kündigte an, dass die Schweiz nach den «grossen Worten» ihr konkretes Engagement auf verschiedenen Ebenen verstärken werde:

**Waffenstillstand:** Die Schweiz hätte am Freitag gerne im Uno-Sicherheitsrat das Wort ergriffen. Weil dies nicht möglich sei, plädiere sie nun in einem Brief an dieses Gremium für die Schonung der Zivilbevölkerung, die Einhaltung des Völkerrechts und einen Waffenstillstand.

**Gefangenenaustausch:** In Kontakten mit Israel, der Palästina-Regierung und beispielsweise auch dem Iran bemühe sich die Schweiz um die Freilassung der gefangenen israelischen Soldaten. Diese sei realistischerweise im Rahmen eines Gefangenenaustauschs anzustreben, sagte Calmy-Rey und wich der Frage aus, ob man Israel auch zur Freilassung verhafteter Hamas-Parlamentarier und Regierungsmitglieder ermahnt habe. Ein Gefangenenaustausch könnte ein «erster Schritt» zur Wiederherstellung von Vertrauen und zur Rückkehr zu Verhandlungen sein.

**Humanitäre Korridore:** Die Schweiz steht in Kontakt mit Israel und dem IKRK, um sichere Transportwege übers Meer und Zugang zum abgeschnittenen Südlibanon zu erreichen. Die Reaktionen seien zurzeit «konstruktiv».

**Humanitäre Hilfe:** 800 Kilogramm Medikamente und medizinische Geräte sollen morgen Freitag im Libanon eintreffen auf Grund von Hilfsbedürfnissen, welche die libanesisische Regierung angemeldet hat. Laut dem Delegierten für humanitäre Hilfe,

Toni Frisch, sind sechs Fachleute vor Ort, wo sie über einen Kredit von 200 000 Franken verfügen. Personal werde auch für die Hilfsbemühungen der Uno zur Verfügung gestellt. Frisch und Calmy-Rey mahnten, trotz der Notlage im Libanon den Gazastreifen nicht zu vergessen: Dort habe die Schweiz für die direkte Hilfe keinen Zugang mehr.

**Evakuierung:** Nachdem gestern weitere 100 Schweizer Beirut auf dem Landweg nach Syrien verlassen konnten, rechnet das EDA noch mit 300 bis 500 Ausreisewilligen. Laut Krisenstabchef Markus Börlin sollte ihre Evakuierung diese Woche abgeschlossen werden können. Es seien mehr Transportplätze organisiert als bisher nachgefragt worden seien. Ein gechartertes Schiff mit 500 Plätzen soll am Samstag auch Ausreisewillige anderer Länder aufnehmen. Die Schweiz könne nicht immer nur von andern Staaten profitieren, sondern wolle sich auch mal solidarisch zeigen, sagte Calmy-Rey. Laut Frisch hat namentlich Moldawien um Schweizer Hilfe gebeten. Calmy-Rey will prüfen lassen, ob eigene Transportmittel künftig nicht billiger kämen.

**Armeeschutz für Botschaft:** Die Hilfe der Armee, die am Vortag noch geprüft wurde, scheint für die Evakuierung von Schweizern nicht mehr nötig. Hingegen erwägt Calmy-Rey, die Schweizer Botschaft im Libanon durch Schweizer Soldaten schützen zu lassen. Laut Armeesprecher Felix Endrich wird auf Anregung des EDA geprüft, in welcher Form dieser Schutz erfolgen könnte. Erforderlich wäre dafür ein EDA-Gesuch an den Bundesrat und eine politische Genehmigung. In Frage kämen wohl nur Berufssoldaten, die früher schon zum Schutz der Botschaften in Moskau und Algerien im Einsatz waren.